

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 5. Februar 1909.

Insertionspreis für die viergesp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 7605. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

„Gewerkschaftsdemokratie.“

In der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse wollen die Erörterungen über den Disziplinbruch der Arbeiter an Strebelwerke zu Mannheim noch nicht verstummen; ein Beweis dafür, welche schwerwiegende Bedeutung man derartigen Vorkommnissen in den beteiligten Kreisen beimisst. Und man kann es vom allgemein gewerkschaftlichen Standpunkte nur begrüßen, wenn in der „frei-“ gewerkschaftlichen Presse den Gewerkschaftsmitgliedern bezüglich ihrer Pflichten gegenüber der gewerkschaftlichen Allgemeinheit gegenüber ernstlich ins Bewusstsein geredet und auf die eventuellen schlimmen Folgen solcher Erscheinungen, wie sie in Mannheim und an anderen Orten früher schon jutage getreten sind, mit aller Entschiedenheit hingewiesen wird. Eingedenk des Satzes, daß die Vergangenheit die beste Lehrmeisterin für die Zukunft ist, erinnert Genosse Eduard Bernstein, dem englische Verhältnisse aus seinem Aufenthalt im Lande jenseits des Kanals gut bekannt sind, in der letzten Nummer (2) der „Sozialistischen Monatshefte“ an ein charakteristisches Gegenstück zu dem Streit zwischen den Mannheimer Metallarbeitern und dem Vorstande des Metallarbeiterverbandes. Es betrifft den Konflikt, der im vorigen Jahr (1908) in der Organisation der englischen Maschinenbauer gespielt hat und, wie Bernstein bemerkt, in England großes Aufsehen erregte und deshalb auch an dieser Stelle einer Beachtung wohl wert ist.

Auf Einzelheiten der Bewegung eingehen, dürfen wir an dieser Stelle wohl ersparen: Kurz es kam hier in Folge der Ankündigung einer Lohnherabsetzung genau wie in Mannheim zu einem Ausstand, zu dessen Beendigung sich Vertreter der Gewerkschaften und Unternehmer nach Einreifen des Ministers für Handel und Gewerbe zu Verhandlungen zusammensanden, die mit der gegenseitigen Annahme eines Kompromisses endigten. Die Gewerkschaftsvertreter empfahlen ihren Mitgliedern die Annahme des Kompromissvorschlages. Aber trotz wiederholter Empfehlung derselben durch die Gewerkschaftsvertreter sowie persönlicher Einwirkung des Generalsekretärs des Verbandes der Maschinenbauer, George Barnes, der den Ausstandsdisziplinäre Gründe auseinandersetzte, die für die Annahme des Kompromissvorschlages sprachen, blieben diese verstoßt. Und während ging es wie bei uns. Von sogenannten guten Gründen, schreibt Bernstein, wurden die Arbeiter unter Verdächtigungen ihrer Führer aufgestachelt, nicht nachzugeben, ein Flugblatt wurde verbreitet, das sie zum „äußersten Widerstand“ aufrief und das Resultat war, daß von den Mitgliedern des Verbandes der Maschinenbauer mit 4356 gegen 3698 Stimmen der Kompromiß abgelehnt wurde.

Die weitere Folge davon war, daß George Barnes in Amt als Generalsekretär niederlegte, da er, wie es heißt, für „unumgänglich notwendig hielt, den Arbeitern einmal andrucksvoll klarzumachen, was es bedeutet, den Rat selbstgewählter Führer mit Füßen zu treten.“ Und als man auf ihn einströmte, zu einer Wiederwahl sich doch bereit zu erklären, wies er das Ansuchen einfach zurück und wandte sich in einer Erklärung an den Gesamtverband, aus welcher wir den nachstehenden charakteristischen Passus wörtlich wiedergeben. Es heißt da:

Jedenfalls bin ich von der Gesamtheit der Mitglieder gewählt worden: ich hätte mich ihr gegenüber für verantwortlich gehalten und es ab, dabei mitzumachen, wenn ein Teil des Verbandes ihr ins Gewicht fällt als der Gesamtverband. Für mich geht es fest, daß, wenn auf Gewerkschaftsbeamte ohne jeden irrtümlichen Grund oder Anlaß gepöbeln wird — und dies gilt für Ortsbeamte ebenso wie für die Zentralinstanzen — die Wirkungskraft der Gewerkschaften als Sachwalter der Arbeiterinteressen geschwächt und das kollektive Unterhandeln untergraben wird. Fern sei es von mir, Kräfte zurückzuführen, ich habe sie stets ermutigt, aber sie soll ehrlich und gewaltlos sein. Mögen die Mitglieder, wenn sie wollen, jemand nicht wiederwählen, aber wenn die Wahl erfolgt ist, dann müssen die Beamten, meine ich, auch gemäß ihrer Stellung behandelt werden. Sonst dürfen die Unternehmer und andere mit Recht es ablehnen, mit ihnen zu verhandeln oder sie als Vertreter anzuerkennen. Außerdem müssen die Mitglieder sich ernstlich die Frage vorlegen, ob einem Teil des Verbandes gestattet sein darf, ohne Zügel gegen die Wünsche und den Rat der Vertreter des Gesamtvereins nach Belieben Riesensummen aus der Kasse des Verbandes zu ziehen. Was mich betrifft, so bin der Ansicht, daß Stein und Bein hätten in Bewegung gesetzt werden müssen, der Empfehlung (der Zentralleitung des Verbandes) Wirkungskraft zu geben.

Dabei ist Barnes weit davon entfernt, in dem Konflikt nicht anzuerkennen, daß die Arbeiter berechtigten Grund zur Beschwerde gehabt hätten. Diesem aber und damit den Tatsachen des Konfliktes auf den Grund zu gehen, hat Gelegenheit ein Schiedsverfahren, das in dem Kompromissvorschlag ausdrücklich vorgesehen war. Die Arbeiter hatten aber diesen abgelehnt und beschlossen, es auf eine Kraftprobe an-

kommen zu lassen. Der Ausgang des ganzen Konfliktes gab nun Barnes und seinen Kollegen im Gesamtverband Recht.

Nachdem die Maschinenbauer ziemlich 6 Monate resultatlos gestreikt hatten, autorisierten sie in der zweiten Hälfte des August 1908 den Verbandsvorstand respektive die drei Verbandsvorstände anderer beteiligter Organisationen, von neuem mit den Unternehmern in Verbindung zu treten, und Mitte September akzeptierten sie dann, mit 4609 gegen 3739 Stimmen das Ergebnis dieser Verhandlungen, das ihnen auch nicht die Spur mehr brachte, als ihnen durch den ersten Kompromiß zugesichert worden war. Im Gegenteil. Damals sollten ihnen zunächst die alten Löhne fortbezahlt und die Frage, ob überhaupt eine Reduktion gerechtfertigt sei, von einem Unbeteiligten geprüft werden, jetzt wurde abgemacht und von ihnen akzeptiert, daß sofort zum reduzierten Satz gearbeitet werde. Um der Sache ein besseres Gesicht zu geben, folgte der Zusatz, daß eine von beiden Parteien bestellte Konferenz die Mittel beraten solle, in Zukunft durch ein besseres System der Verhandlungen in der Lohnfrage Arbeitsunterbrechungen zu vermeiden. Mit dieser Vertrostung, die nichts sagt, was nicht schon längst zu haben war, wurde die Arbeit nach sieben Monaten Ausstand am 24. September wieder aufgenommen. Die Kosten des absolut zwecklosen Streiks für die Organisationen beliefen sich auf über zwei Millionen Mark. Ueber zwei Millionen Mark um ein nichts verpulvert.

Also auch hier wieder das Resultat ähnlich wie vor einigen Jahren bei dem Konflikt in der Berliner Elektrizitätsindustrie: der in der Erregung beschlossene Kampf und das hartnäckige Festhalten an von vornherein als verloren feststehenden Forderungen brachte weniger als die verworfenen Verhandlungen. Und aus alledem schließt Bernstein: „Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.“ Hat sie das aber einmal nach reiflicher Ueberlegung und Erwägung getan, dann erfordert es unseres Erachtens die bloße Vernunft, den bevollmächtigten Instanzen gegenüber auch Ordre zu patieren!

Ärztestreik in Cöln.

Bekanntmachung. Die Krankenkassenmitglieder, sowie deren Familienangehörige (ausgenommen sind die Mitglieder derjenigen Krankenkassen, die die „freie Arztwahl“ beibehalten haben) werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß sie von ihren bisherigen Ärzten nur bis zum 31. Januar 1909 behandelt werden können.

Die Kranken sind vom 1. Februar ab gemäß den Beschlüssen der Krankenkassenvorstände nur auf die neuherangezogenen Kassenärzte angewiesen.

Eine Behandlung der Krankenkassenmitglieder und deren Familienangehörigen, d. h. aller Angehörigen von Familien, gleichgültig ob Familienversicherung besteht oder nicht, findet vom 1. Februar 1909 unter keinen Umständen, auch nicht gegen Bezahlung statt.

Die im Deutschen Ärztevereinsbunde organisierte Ärzteschaft von Cöln und Vororten, von Mülheim, Kalk, Rodenkirchen und den Landkreisen Cöln und Mülheim.

Vorstehendes Inserat war am 27. Januar in den in Cöln erscheinenden Zeitungen zu lesen. Dem der Sache Fernstehenden, aber auch dem mehr Nachdenklichen muß die Ankündigung der Ärzte als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen. Ersterer wird es überhaupt nicht verstehen, wie die Ärzte jede Behandlung von erkrankten Kassenmitgliedern, selbst in den schlimmsten Fällen ablehnen können, daß ihnen anscheinend das Gefühl der Menschlichkeit abgeht; letzterer wird seine Schlüsse in bezug auf andere Stände aus dem Ärztestreik ziehen und sich sagen, daß es eine Ungeheuerlichkeit ist, wenn streikende Landarbeiter ins Gefängnis wandern, streikenden Ärzten jedoch, die eine viel wichtigere Mission als die Landarbeiter zu erfüllen haben, kein Haar gekrümmt wird.

Die Ursachen des zeitigen Cölnener Ärztestreiks liegen schon einige Jahre zurück. Von Seiten des Leipziger Ärzteverbandes schickte man die Cölnener Ärzte als Sturmböcke im Jahre 1904 vor, um die Krankenkassen zur Einführung der sog. freien Arztwahl zu zwingen. Jeder Arzt, der die Kassenpraxis ausüben will, soll zu dieser Praxis zugelassen werden. Andererseits jedoch, können nach diesem System die Kassen keine Ärzte für ihre Praxis erhalten, wenn diese ablehnen. Die Hauptursache des Kampfes des Leipziger Verbandes um „die freie Arztwahl“ ist zu suchen in der Ueberfüllung des ärztlichen Standes. Viele Ärzte können es nicht mehr zu einem standesgemäßen Einkommen bringen. Da kam der Ärzteverband auf den Plan, die Krankenkassen als mekende Kuh zu betrachten durch die Aufkroierung der sog. freien Arztwahl.

Der Cölnener Kampf zwischen Ärzten und Kassen im Jahre 1903 wurde durch das Einschreiten der Ausschussbehörde zu ungunsten der Kassen entschieden. Das Selbstverwaltungswort wurde den Kassen genommen und schloß der Oberbürgermeister als Vertreter der Aufsichtsbehörde mit den Ärzten einen bis zum 31. Januar 1909 laufenden Vertrag

ab, der die freie Arztwahl verschaffte. — Mit dieser Maßnahme des Oberbürgermeisters haben sich die Kassen nicht zufrieden gegeben. Sie erhoben Klage auf Ungültigkeitserklärung jener Maßnahme und will es die Ironie des Schicksals, daß ihrem Klageantrage just um die Zeit stattgegeben wurde, wo der Vertrag des Oberbürgermeisters mit den Ärzten abgelaufen und die letzteren wiederum in den Streik um die freie Arztwahl eingetreten sind.

Der Cölnener Krankenkassen-Verband hat den Kampf aufgenommen und hofft denselben auch zugunsten der Kassen und ihrer Mitglieder durchzuführen. „Es ist eine Tatsache“, so schreibt der Krankenkassen-Verband in einem an die Kassenmitglieder gerichteten Flugblatt, daß seit Einführung der sogenannten freien Arztwahl die sonst so blühende Entwicklung der Cölnener Krankenkassen vollständig lahmgelegt ist, obgleich im Laufe der Jahre die Kassenbeiträge in bedeutendem Maße erhöht und zum Teil sogar verdoppelt worden sind, so daß sie heute von den Kassenmitgliedern und Arbeitgebern als drückend empfunden werden. Bei diesem System sind Erscheinungen zu Tage getreten, die kein gerecht denkender Mensch billigen kann. Die Kassen haben eine ungeheure Mehrbelastung erfahren, die geradezu vernichtend auf ihre Finanzen gewirkt hat. Die Folge davon war, daß die Kassen ihre Leistungen den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht anzupassen vermochten, was von vielen erkrankten Mitgliedern, denen die gegenwärtigen Leistungen keinen ausreichenden Ersatz für den bei Erwerbsunfähigkeit entgehenden Arbeitsverdienst bieten, hart empfunden worden ist.

Die schädliche Wirkung des Systems der sogenannten freien Arztwahl äußert sich hauptsächlich durch allzugroße Nachgiebigkeit vieler Ärzte gegenüber den unberechtigten Wünschen von Kassenmitgliedern. Ein großer Teil der Ärzte ist in Ermangelung von Privatpraxis zu sehr darauf bedacht, möglichst viel aus der kassenärztlichen Tätigkeit herauszuschlagen. Das treibt die Ärzte zu der bekannnten Botsjägererei und macht sie unfähig, ungerechtfertigten Zumünungen den nötigen Widerstand entgegenzusetzen. Erfahrungsgemäß wird von den Uebertreibern nicht immer derjenige Arzt aufgesucht, welcher als der tüchtigste gilt, sondern vorzugsweise der Arzt, der ihnen am meisten zu Willen ist. Dadurch wird der Arzt in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Kassenpatienten gebracht, das ihm fast die Möglichkeit benimmt, seiner Ueberzeugung und Pflicht gemäß zu handeln. Wir haben zahlreiche schriftliche Beweise dafür, daß viele Ärzte aus Besorgnis, an ihrer Kassenpraxis Einbuße zu erleiden, die Uebertreiber nicht gesund schreiben, obgleich sie selbst von deren Simulation und Arbeitsfähigkeit überzeugt sind. Für den Arzt, der aus der Kassenpraxis ein Einkommen erzielen will, gibt es nur einen Weg, nämlich die Gewinnung der Gunst möglichst vieler Patienten und damit die Erwerbung möglichst vieler Kassencheine. Eine verhältnismäßig nicht geringe Zahl Ärzte hat geradezu einen wahren Patientenfang getrieben, zum schweren Nachteil der Kassen und der eigenen Standesgenossen. So drückt das System der sogenannten freien Arztwahl nur zuviel Ärzte gewaltsam ab vom Wege der Pflicht, den einen mehr, den andern weniger, je nach der Anlage seines Charakters. Den Nutzen hatten die Simulanten, die immer wieder einen andern Arzt ihres Vertrauens, einen bessern Doktor fanden. Den Schaden hatten die ehrlich denkenden und handelnden Kassenmitglieder, die bei verhältnismäßig geringen Kassenleistungen im mer höhere Beiträge zahlen mußten. Die kassenärztliche Tätigkeit ist in vielen Fällen in einer nicht zu verantwortenden Weise ausgeübt worden. Mit der größten Fahrlässigkeit wurden Uebertreiber und Simulanten für erwerbsunfähig erklärt und dadurch die Kassen aufs schwerste geschädigt. Für die Ueberbringung eines Coupons sind Kassenmitglieder, denen wenig oder gar nichts schied, oft die teuersten Stärkungsmittel in manchmal unglaublichen Mengen verordnet worden. Die Summe der auf diese Weise verordneten Rostengelber geht in die Hunderttausende. Es ist festgestellt, daß kospizige Rezepte von den Ärzten erneuert wurden, bevor ein Verbrauch der ersten Verordnung stattgefunden hatte. Auch solchen Personen, die den Arzt schriftlich oder durch Dritte um die Gewährung eines Stärkungsmittels ersuchten, sind ihre Wünsche anstandslos erfüllt worden, obgleich der Arzt die betreffenden Patienten weder gesehen, noch sich von der Notwendigkeit der Verordnung überzeugt hatte.

Sogar Betrüger, die gar nicht Kassenmitglieder waren und vom Gericht wegen umfangreichen Betrugs an den Kassen zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurden, erhielten von den Ärzten die kospizigsten Stärkungsmittel verordnet und Arbeitsunfähigkeit attestiert. Die Betrüger führten die Kassenausweise schamlos, stellten sich den Ärzten unter solchem Namen als Kassenmitglieder vor und simulierten Krankheit. Auf Grund der von den Ärzten ausgestellten Geldanweisungsscheine mußten die Kassen ihnen Krankengeld zahlen. Der eine Betrüger führte sich bei ein und demselben Arzte unter verschiedenen Namen ein, ohne daß der Arzt diese geradezu unglaubliche Täuschung bemerkte. Die Verordnung der Stärkungsmittel erfolgte in solch großen Mengen, daß die Betrüger ein umfangreiches Verkaufsgeschäft damit betrieben. Vor Gericht jagte ein Arzt unter Eid aus, daß er die Stärkungsmittel teilweise auch für angebliche Freunde der Betrüger, die er zwar nicht gesehen, aber nach deren Versicherung an derselben Krankheit gelitten hätten, verschrieben habe. Unter solchen Verhältnissen war es unausweichlich, daß die Ausgaben der Kassen sich in ganz ungeheuerlichem Maße steigerten. Allein für Arznei und Stärkungsmittel betrug die Steigerung weit über 100%. Die große Kölner Krankenkasse, der der vierte Teil der Cölnener Kassenmitglieder angehört, machte ein Riesendefizit von ca. 600 000 Mark,

das nur auf Rechnung des Systems der sogenannten freien Arztwahl zu setzen ist. In gleichem Maße ist hierzu stehen natürlich auch die Ausgaben der übrigen Kassen. Die Ärzte zeigen an den Ausgaben der Kassen, soweit nicht das Honorar in Frage kommt, nicht das geringste Interesse. Obwohl der Ärzteverband seitens der Kassenvorstände auf die ungeheuren Schäden, die die Interessenlosigkeit der Ärzte den Kassen verursacht, mehrfach hingewiesen wurde, blieb die Miswirtschaft dieselbe.

Die so viel gepriesene ärztliche Selbstkontrolle hat vollständig versagt. Um die schädliche Wirkung des Systems der sogenannten freien Arztwahl einigermaßen abzuschwächen, sollte auf Verlangen des Ärzteverbandes das generelle Verbot erlassen werden, sämtliche Nähr- und Stärkungsmittel grundsätzlich von der Verschreibeweise auszuschließen. Auf diese Forderung des Ärzteverbandes konnten die Kassenvorstände selbstverständlich nicht eingehen, wollten sie nicht die wirklich kranken Mitglieder in gewissenloser Weise der allerschwersten Schädigung aussetzen. Hiernach unterliegt es keinem Zweifel, daß der Ärzteverband in Wirklichkeit immer nur die Füllung seiner Kasse, nicht aber das Wohl der Kassenglieder ins Auge faßt. Wenn die sogenannte freie Arztwahl nur unter Anwendung von so weitgehenden Zwangsbestimmungen, die die kranken Mitglieder entrechteten, richtig funktionieren kann, so beweist dies eben die Unhaltbarkeit des Systems. Keinesfalls können die Kassenvorstände zugeben, daß das System lediglich auf Kosten der wirklich kranken Mitglieder gehalten wird. Die Kassenvorstände vertreten den Standpunkt, daß der Arzt in notwendigen Fällen alles vorordnen soll, was für den Patienten erforderlich ist. Hierfür ist ihnen kein Mittel zu teuer. Nur die übermäßige, unnötige Verschreibeweise, die bei vielen Ärzten zur systematischen Gewohnheit geworden ist, um damit einen möglichst großen Coupons einbringenden Patientenfang zu treiben, ist zu befechtigen. Steht hiernach fest, daß das System einerseits vermindert auf die Kassenglieder gewirkt hat, so ist andererseits auch das viel gerühmte Ideal der sogenannten freien Arztwahl nicht in Erfüllung gegangen, vielmehr von manchen Ärzten durch die rauhe Wirklichkeit in das ironische Gegenteil verkehrt worden.

„Wer kennt nicht die Hunderte von Fällen,“ so führt das Flugblatt des Krankenkassenverbandes weiter aus, „wo das hilfesuchende Kassenglied schon an der Tür durch das Dienstwachen gefragt wird: „Sind Sie Kassenglied?“ Das heißt soviel, wie hier werden Kassenglieder als Patienten zweiter Klasse behandelt.“

Wer kennt nicht die vielen Fälle, in denen die Ärzte, um die Privatpatienten besorgen zu können, für die Kassenglieder besondere Wartezimmer einrichten. Als Beispiel diene nur der 1. H. durch die Presse veröffentlichte Fall, wo ein Kölner Arzt den Kassengliedern seinen Badewann als Wartezimmer durch das Dienstwachen anweisen ließ.

Wer kennt nicht die Bemerkungen in den Ärztevereinigungen: „Nur zur Beratung“. Diese Herren hat man als Defensoren in die Ärztevereinigungen aufgenommen. Ein großer Teil, hauptsächlich die besten inneren Ärzte, schließt sich an, er will keine Arbeiter in seinem Sprechzimmer haben. Das ist keine freie Arztwahl für die Mitglieder, das ist eine freie Kassenwahl für Ärzte. Die sogenannte freie Arztwahl ist und bleibt stets nur ein Schlagwort für die unbedingte Aufrechterhaltung der Ärzte.

Wer kennt nicht die Herren der Nachuntersuchungskommission, die innerhalb des Zeitraumes von einem Jahre über 7000 Mitglieder, eine Zahl, die bisher in keiner anderen deutschen Stadt erreicht wurde, nachuntersuchte und so mit Hochmut arbeitete, daß sie sich den Namen „Seizabpressungs-Kommission“ erwarb. Die Aufgabe der Nachuntersuchungskommission bestand darin, möglichst viele Kranke gesund zu pressen, um die Einnahmen der Ärzte in etwa wieder gut zu machen. Natürlich ging es bei diesem eigenartigen Verfahren nicht ohne Fehlsprüche der Nachuntersuchungskommission ab. Die hoch die nachuntersuchenden Ärzte ihre verantwortliche Tätigkeit einrichteten, geht daraus hervor, daß sie mit der Fingerrunde oder Fingerringe im Munde die echnischen Mitglieder unterjochten, und dadurch eine tiefgehende Entwürdigung erzwangen.

Wer kennt nicht die Kassenvorstände, die es an Protesten gegen diese Art Nachuntersuchungskommission und an Hinweisen auf ihre Notwendigkeit nicht haben lassen wollen, zuletzt gezwungen, die Nachuntersuchungskommission aufzulösen, weil sie nur unter dieser Bedingung ihr Selbstbestimmungsrecht unbedingt auf die ärztliche Angelegenheiten, das ihnen ausschließlich das Recht seitens von 1901 genommen wurde, zurückzuführen.

Der Ärzteverband hat wiederholt versucht, die schwarze Liste, die an dem System der sogenannten freien Arztwahl geknüpft ist, in seiner Art zu „überlegen“. Er behauptet, daß die Aufgaben seitens der Kassenvorstände ausschließlich in die Hände der Kassenvorstände zu verschieben. Das ist eine verabschiedete Behauptung, die nicht auf der Hand liegt, sondern eine Kassenvorstände immer wieder wiederholen. In anderen Städten sind dieselben Behauptungen. Die Ortsvereine sind in München besetzt.

Mit der freien Arztwahl geht es so lange, als die Kassen im Besitze der Mittel sind, um die fortgesetzten Forderungen der Ärzte zu befriedigen. Wir befürchten nur, daß dieses nicht mehr von allzu langer Dauer sein wird.“

Für die Jahre des Ärzteverbandes ist die freie Arztwahl nicht Schicksal, sondern nur Mittel zum Zweck. In der Seizabpressung für soziale Zwecke wurde dies der Natur des Ärzteverbandes mit dem Rechte zum Ausdruck. Wir fordern die freie Arztwahl für unsere jüngeren Kollegen, was geht es gut.“

Die Krankenkassen sind nicht besser, noch geringer, die Ergebnisse der jüngeren Ärzte zu lächer. In Köln sind von 1000 Gewerbeten 212 gegen Krankheit versichert. Mehr als 700 sind nicht versichert, die Krankenkassen sind eine wirtschaftliche Katastrophe zu machen.“

Die Kassenvorstände haben wiederholt versucht, zu einer Einigung mit den Kölner Ärzten zu gelangen. Verhandlungen die schon vor 2 Jahren unter dem Vorherrschen des Dr. Fuchs geführt wurden, scheiterten an den übermäßigen Forderungen der Ärzte, so daß Dr. Fuchs Dr. Fuchs den Vorherrschen mit dem Rathe niederlegte: „Ich kann vom Standpunkte der Kassengliederherbe die

Forderungen der Ärzte nicht befürworten, ich gerate in den von mir befürchteten Konflikt mit meinen Pflichten.“ Die Verhandlungen im vergangenen Jahre unter dem Vorherrschen des Gewerbegerichts-Präsidenten scheiterten an der Erklärung der Ärzte, daß sie an die Beschlüsse der Deutschen Ärztekongresse gebunden seien. Durch diese Beschlüsse werden folgende Forderungen gestellt: 1. Freie Kassenwahl für die Ärzte, 2. Honorar nach staatlicher Taxe, 3. Personen mit Einkommen von über 2000 Mk. pro Jahr dürfen weder Kassenglieder werden, noch bleiben.

Wenn auch die Kölner Ärzte diese Forderungen nicht im vollen Maße stellen, so besteht nicht der geringste Zweifel, daß sie die Endforderungen sind. Noch während der Einigungsverhandlungen mit den Ärzten ließ die Leitung des Ärzteverbandes die beteiligten Kölner Ärzte einen Revers unterschreiben, wonach sie sich ehrenamtlich verpflichten mußten, auf Anruf aus dem ärztlichen Verein auszutreten und unter Vertragsbruch die Kassentätigkeit einzustellen. Dieses veranlaßte den Vorstand des Krankenkassenverbandes zum sofortigen Abschluß von Verträgen mit Kölner und auswärtigen Ärzten. Die letzten Verhandlungen unter dem Vorherrschen des Oberbürgermeisters verliefen trotz des weitgehendsten Entgegenkommens seitens des Vorstandes des Krankenkassenverbandes, der gemäß dem Vermittlungsvorschlag des Herrn Oberbürgermeisters zur Anstellung von 150 Kölner Ärzten bereit war, ergebnislos, weil die Ärzte an ihrem theoretisch denkbaren, aber praktisch undurchführbaren Prinzip festhielten. Die Kassenvorstände konnten den Forderungen des Ärzteverbandes nicht zustimmen, ohne sich einer Vernichtung des sozialen Zweckes der Krankenversicherung schuldig zu machen. Sie würden ihre den Kassengliedern gegenüber übernommenen Pflichten schmälerlich verletzt haben, wenn sie anders gehandelt hätten. Kein Vorstandsmitglied oder Vertreter in der Generalversammlung hat mehr persönliches Interesse an der Bestimmung des Arztsystems, als wie das einfache Kassenglied. Was allen am Herzen liegt, ist das allgemeine Wohl der Mitglieder und die soziale Entwicklung der Kassen. Der Krankenkassenverband hat für die allgemeine, spezifische und zahnärztliche Behandlung der Kassenglieder innerhalb der Stadt Köln und der Vororte insgesamt 80 Ärzteverträge verpflichtet, die vom 1. Februar an ihre kassenärztliche Tätigkeit aufnehmen. Unter diesen 80 angestellten Ärzten steht den Kassengliedern die Wahl frei.

Die Kölner Ärzte haben es übernommen, für ihre Kollegen im übrigen Deutschland den Kampf durchzuführen. Obwohl wir jedermann und auch den Ärzten das Streben nach besseren Arbeitsbedingungen nicht verübeln, muß doch gesagt werden, daß, falls es nach dem Willen der Ärzte ginge, die Existenz mancher durch den völligen Bankrott der Kassen untergraben wurde. Die Arbeiterkategorie, die durch unzulässige Streiks den Ruin ihres Gewerbes herbeiführt, schädigt sich selbst und kein Mensch wird sie bemitleiden. Niemand wird auch den Kölner Ärzten Teilnahme bekunden, wenn diese im Kampfe um ein falsches Prinzip eine Niederlage erleiden.

Schwarze Listen.

Seit die Lage auf dem Arbeitsmarkt ungünstig geworden ist, also Arbeitskräfte überreichlich vorhanden sind, ist das System der schwarzen Listen von den Großindustriellen sehr stark ausgebaut worden. Die Arbeiter, die dauernd oder für eine gewisse Zeit in bestimmten Betrieben nicht beschäftigt werden dürfen, wächelt ständig an und neuerdings beschränken sich die großen Industriellen nicht mehr auf die Kennzeichnung von Arbeitern, sondern es werden auch Verurteilungen, die Privatangehörigen zu verzeichnen. Die Unternehmer wollen die Herausgabe von schwarzen Listen damit rechtfertigen, daß sie sagen, jeder Unternehmer brauche nur die Arbeiter einzustellen, die ihm passen, ebenso wie die Arbeiter nur dort in Arbeit zu treten brauchen, wo es ihnen passend erscheint. Dadurch aber, daß die Arbeiter in schwarzen Listen aufgeführt werden, können sie eben nicht um Arbeit nachsuchen, wo es ihnen passend erscheint. Das sozial-bedenkliche und wirtschaftlich Schädliche ist dabei noch, daß die schwarzen Listen fast immer im Geheimen kursieren und auch, daß die Arbeiter gar nicht wissen, daß sie auf der schwarzen Liste stehen oder wenigstens, daß ihnen die Möglichkeit genommen ist, gegen die Einfügung in die schwarzen Listen Einspruch zu erheben, einen Entschluß anzufassen, ob die Berechnung überhaupt berechtigt ist. Jenseit eine persönliche Differenz, Klatschereien, Intrigereien und hundert andere Kleinlichkeiten können dahin führen, daß Arbeiter oder Angestellte auf die schwarzen Listen kommen, denen sonst weder in ihren Arbeitsleistungen noch in ihrer persönlichen Lebensführung etwas vorzuwerfen ist. Dabei gewinnt die Einfügung der schwarzen Listen im einzelnen Fall eine immer größere Bedeutung. Bedeutete früher die Kennzeichnung durch die schwarzen Listen meistens nur eine Einschränkung der Gewerbetätigkeit in einzelnen Orten, so wird die wirtschaftliche Stellung der auf den schwarzen Listen stehenden Arbeiter und Angestellten jetzt immer mehr gefährdet, ja sogar vernichtet, weil sich die Arbeitgeberorganisationen weiter ausbreiten und weil dadurch auch die schwarzen Listen eine größere Ausbreitung finden. Weiter wird die wirtschaftliche Stellung der Arbeiter und Angestellten durch die schwarzen Listen fast mehr gefährdet, weil die Arbeit immer mehr spezifiziert wird und weil demgemäß die Arbeiter und Angestellten oft nur eine kleine Anzahl von Betrieben haben, in denen sie überhaupt nur Beschäftigung nachsuchen können; wird ihnen in diesen Betrieben kein Arbeitsplatz eingeräumt, so bleiben sie in ihrem Berufsstande, sie können die erworbenen Geschäftsfähigkeit in ihrem speziellen Gewerbe nicht mehr verwenden und es bleibt ihnen dann nur noch die Möglichkeit, einen anderen Beruf zu ergreifen, in dem sie keine Erfahrung und keine Bekanntschaft haben.

Besonders Leute, die überhaupt nicht wissen, daß sie auf schwarzen Listen stehen, suchen oft monatelang nach Arbeit finden aber überall verschlossene Betriebe. Dadurch wird nicht selten der Ruin ganzer Familien herbeigeführt, auch sofern als ernstliche Differenzen zwischen Mann und Weib entstehen, die Frau, die andere Berufskollegen ihres Mannes und vielleicht weniger leistungsfähige stets in Arbeitslosigkeit sieht, wird gegenüber den Arbeitsbemühungen des Mannes mißtrauisch, sie glaubt, daß die dauernde Arbeitslosigkeit Mannes in seiner Person selbst liegt. Daß es auch wirtschaftlich schädlich ist, wenn viele Arbeiter nicht die Gelegenheit haben, den Beruf auszuüben, für den sie vorbereitet sind, ist ohne weiteres einzusehen.

In besonders großem Umfange gibt jetzt der zu Beginn des vorigen Jahres gegründete Foharbeiterverband in Köln schwarze Listen heraus. Wenige Monate nach Gründung des Verbandes, im Mai 1908, standen bereits mehr als 3000 Gewerbetätige auf den schwarzen Listen dieser Arbeitgebervereinigungen und soeben wurde im Reichstag behauptet, daß diese Zahl bereits auf 6000 gestiegen ist. Diese Listen kursieren aber nicht nur im Bergbau von Rheinland-Westfalen sondern sie werden im gesamten deutschen Bergbau in Gütenbetriebe bekannt. Ursprünglich sollten nur solche Arbeiter auf die schwarzen Listen gesetzt werden, die einen Kontraktbruch begangen hatten oder die an einem Schlichtungsbereitschaften teilgenommen hatten, es steht aber jetzt fest, daß auch Arbeiter mit auf die Listen gesetzt wurden, denen weder das eine noch das andere vorgeworfen werden konnte. Eine Strafanzeige gegen den Foharverband hatte bis jetzt noch keinen Erfolg, dagegen dürften Zivilklagen der geschädigten Arbeiter bessere Erfolge haben, denn vor einigen Jahren wurde in Berlin eine Firma, der nachgewiesen werden konnte, daß sie einen Arbeiter durch Verfertigen schwarzer Listen brotlos gemacht hatte, zum Schadensersatz verurteilt. Gelingt es dem Staatssekretär des Reichsamt für Innern nicht, wenigstens eine Milderung in der Handhabung der schwarzen Listen herbeizuführen, so sind ohne Zweifel zu Beginn einer besseren Konjunktur wegen dieser schwarzen Listen große Arbeitskämpfe zu erwarten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer 6. Wochenbeitrag im Jahre 1909 für die Zeit vom 1. Februar fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfg. erhält die Zahlstelle Siegnitz.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg. erhält die Zahlstelle Homburg v. d.

Die Zahlstellen, welche die Abrechnung vom 4. Quartal 1908 noch nicht einbrachten und das Versäumte bis 8. Februar nicht nachholen, werden in der nächsten Nummer des Organs veröffentlicht.

Lohnbewegung.

Verbandsmitglieder! Tretet keine Arbeitsstelle an, ohne vorher bei der Verwaltung der zuständigen Zahlstelle zu erkundigen, gleich ob im Organ die Sperre den Betrieb bekannt gegeben ist oder nicht. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bedingt, daß nicht in jedem einzelnen Falle die Sperrung der Betriebe durch das Organ erfolgt kann; abgesehen davon, daß auch sonst aus tatsächlichen Gründen die Veröffentlichung der Sperre nicht immer zweckmäßig ist. — Wer vor Schaden bei Arbeitswechsel geschützt sein möchte, ziele deshalb die Ortsverwaltung zu Rate.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Augsburg. Samstag den 16. Januar hielt unsere Zahlstelle im Gasthof zum Eisenhut am Ostmarkt die diesjährige Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ist auch aus dem Kassensbericht des Kassierers ging hervor, Fortschritte zu verzeichnen sind. Die nun folgende Debatte ist jedoch, daß manche Kollegen noch unbefriedigt waren, und erstanden über einen Punkt Meinungsverschiedenheiten, die bei der nächsten Versammlung geklärt werden sollen. Die Reue hat wesentliche Veränderungen nicht gezeitigt und war gleich ein Vertrauensvotum der Mitglieder gegenüber der bisherigen Verwaltung. Nur zwei Kollegen schieden freiwillig aus. Mehr Anträge aus Mitgliedertreffen wurden noch erledigt und beschlossen die notwendigen Bestimmungen sowie die von der Generalversammlung genehmigten Zuschüsse zur Arbeitslosen- und Arbeitsbeschaffung in einem Lokalstatut niederzulegen. Der Bericht über die Wichtigkeit der Tagesordnung ein besserer sein dürfte.

Braunau. Am 10. Januar hielten wir unsere Generalversammlung mit Rechnungsabschluss pro 1908 ab. Der Vorsitzende, Kollege Weber, gab einen kurzen Rückblick auf das verlossene Jahr, welches uns trotz der Mühe und eines Mitgliederverlustes dank der Interessenlosigkeit der hiesigen Arbeiterschaft brachte. Der festen Hoffnung hingebend, daß die Lage unserer hiesigen Kollegen zu verbessern in der Zukunft, machten uns die Arbeiter der Firma Wiggall u. Co. einen Strich durch die Rechnung, in dem einige Liebhaber sind und dadurch die anderen topfsteher machten, so daß auch diese beiden Räden letzten um des lieben Friedens willen. Ein von dem Interesse der hiesigen Arbeiter an der Organisationsarbeit man sich machen, wer man Autorität wie: „Da man sich mehr Geld lieber im Wasser, als ich's dem Verband ge...

„Meine Frau leidet es nicht“ aber „Meine Frau sagt ich soll ihr alle Woche die 50 Pfg. geben, die sie mir aufhebt“ usw. hört. Andere haben keine Zeit zur Versammlung, und bei vielen kann man die besten Grobheiten hören, wenn man ihnen mit dem Verband kommt. Das Gegenteil hierzu ist aber Schimpfen in der Werkstatt und am Bierisch über den niedrigen Lohn, den unsere gelehrten Holzarbeiter hier noch haben. Merkwürdig ist, daß ungelernete städtische Arbeiter 2,40 Mk. — 2,50 Mk., Gasarbeiter 2,90 Mk. — 3,10 Mk. Taglohn haben, während sich unsere gelehrten Kollegen mit 2,00 Mk. — 2,30 Mk. begnügen müssen. Doch wenn nicht zu raten, dem ist auch nicht zu helfen. — Der Kassenbericht lautete etwas günstiger, da wir im letzten Jahr die Kassa in die Höhe brachten. — In der Verwaltung blieb es ziemlich beim alten, nur Kollege Doppel wurde als Schriftführer neugewählt. Er gab uns das Versprechen, unter den unmorgensierten Kollegen eine rege Agitation zu entfalten.

Wald. Unsere sehr gut besuchte Generalversammlung wurde am Sonntag den 17. Januar abgehalten. Nach erstattetem Jahresbericht wurde die Vorstandswahl getätigt und ergab diese die Wiederwahl sämtlicher Kollegen. Zwei Revisoren wurden neu gewählt. Der Vorsitzende richtete dann einige Worte an die Kollegen und bat um pünktliche Entrichtung der Beiträge und das regelmäßige Besorgen des Verbandsorgans. Am Sonntag, den 31. Januar wurde die beschlossene Hausagitation statt und sollten sich an dieser alle Kollegen beteiligen. Ueberhaupt solle ein jeder, wo er nur immer wäre, in Betriebe, der Wirtschaft, auf der Straße, bei Bekannten u. s. f. ein Agitator für den Verband sein. — Das vergangene Jahr brachte uns einen kleinen Mitgliederzuwachs; doch hat die schlechte Geschäftslage bis heute bereits wieder Lücken in unsere Reihen gerissen. — Der in unserer Generalversammlung anwesende Vorsitzende der Metallarbeiter Kollege Schmitz, bat die Kollegen um eine möglichst enge Fühlungnahme der Mitglieder der verschiedensten Verbände. Dadurch werde die gemeinsame gute Sache sehr gefördert.

Welle i. S. Am Sonntag, den 17. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Besuch war gegenüber den anderen Versammlungen ein mäßiger. Nach der Eröffnung gab der Vorsitzende, Kollege Garig, einen kurzen Bericht über die Entwicklung der Zahlstelle. Er führte unter anderem aus, daß fast alle Kollegen früher dem „freien Verbande“ angehört hätten, sich aber im Dezember 1907 gezwungen sahen, wenn sie nicht ganz ihre religiöse und politische Ueberzeugung opfern wollten, zur Gründung der jetzigen Zahlstelle zu schreiten. Im Anfang waren es nur 7, welche dem mühenreichen, roten Tenor die Stirne boten. Alles, was der Haß nur erfinden kann, ist von jener Seite ausgehoben, um uns zu vernichten. Umsonst, treu hielten die Kollegen zum erwählten Banner und heute, wo wir 38 Mitglieder haben, ist man schon bedeutend feiner geworden, in Bezug der Betrugsimpfung. — Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Nachdem unter Punkt Verschiedenes noch mehrere Sachen besprochen waren, schloß Kollege Garig die Versammlung mit einem warmen Appell an die Mitglieder, weiter zu arbeiten wie bisher, die Agitation mit aller Macht zu betreiben, daß die Zahlstelle immer mehr sich hebe; wenn sie sich auch nicht verunsichere, wie dieses Jahr, so mühten doch sämtliche Inbitterte noch gewonnen werden. — Auf Kollegen, hoch das Banner, hinein in den Kampf für unsere Ideale, für unser Recht und unsere wirtschaftlichen Interessen!

Sünzberg. Unsere Generalversammlung, die am 17. Januar stattfand war gut besucht. Es scheint jedoch, daß einigen Kollegen das Interesse an der Verbandsangelegenheit fehlt, sonst würden sie doch wenigstens einmal im Jahre und zwar in der Generalversammlung erscheinen. Mögen doch alle Kollegen darauf bedacht sein, in den Versammlungen zu erscheinen, denn nur dadurch ist es möglich, im Interesse aller zu arbeiten. Hoffen wir, daß wir im neuen Jahre noch mehr wie bisher tätig sein können, zum Nutzen der christlichen Arbeiterbewegung. Deshalb Kollegen an die Arbeit und helft unsere Reihen zu stärken. Es hat die Zahlstelle Sünzberg immer noch den alten Mitgliederbestand, obgleich im Laufe des Sommers 15 Kollegen abtraten.

Hamburg. Wenn in seinem winterlichen, unfreundlichen Gewande der Monat Januar gekommen, dann treten statutenmäßig unsere Kollegen in den Zahlstellen zu der Generalversammlung zusammen. Für dieses Mal wohl mit weniger Stolz und Freude über das Gedeihen der Zahlstelle in Bezug auf deren Mitgliederzahl. Die allgemein schlechte Konjunktur wirkt ganz naturgemäß hemmend auf die Ausbreitung der Gewerkschaften. Wenn berichtet wird, daß zur Zeit jetzt 12—1300 Holzarbeiter, das sind ungefähr 1/3 der in der Holzindustrie beschäftigten Personen, arbeitslos sind, so kann jeder, der auch nur in etwa Großstadtverhältnisse kennt, sich leicht ein Bild über die Lage der hiesigen Holzarbeiter malen. Die Meister klagen über die ungemein starke Konkurrenz, die es ihnen unmöglich mache die alten Löhne weiter zu zahlen, geschweige denn höhere. Ja die leidige Konkurrenz, statt daß die Arbeitgeber auch jetzt mal ein wenig einig wären; bei Berechnungen von Arbeiten, glaubt man, mit den Preisen nicht tief genug gehen zu können, um so ja seinen Konkurrenten zu schlagen. Und wer hat den Nutzen davon? Reiche Baupredikanten, Möbelfabrikanten oder bei Möbelarbeit nach Zeichnung ein zahlungsfähiges Publikum. Und den Schaden? Die Meister wollen ihn nicht tragen, nur dann müssen eben die Gesellen billiger arbeiten, und so, trotzdem sie mit oft langer Arbeitslosigkeit rechnen müssen, verdienen sie in Zeiten wo sie in Arbeit stehen noch weniger wie früher. Aus alledem erhellt man zur Genüge, daß die Lage der Holzarbeiter in Hamburg keine rosig ist. Dieses kam auch in unserer Generalversammlung deutlich zum Ausdruck. Der Bericht vom Arbeitsnachweis vom letzten Vierteljahre weist für die Kollegen ein Drittel arbeitslose Tage mehr aus, wie der vom vorhergehenden. Unser Arbeitsnachweis als solcher hat sich als eine gewiß empfehlenswerte Einrichtung erwiesen. Derselbe wird von einer 8-gliedrigen Kommission verwaltet und ist geöffnet abends von 8—9 Uhr Nührenstraße 41. Der in der Versammlung gegebene Geschäftsbericht besagt: Es fanden 23 Mitgliederversammlungen statt mit 12 Vorträgen; über sozialpolitische und gewerkschaftliche Themas. Vorstandes- und Betriebsmännerversammlungen wurden 7 abgehalten. Den im Frühjahr abgeschlossenen Tarif mit zu betätigen war der Sozialverwaltung nicht möglich, dank der Mächtigkeitsgier der Arbeitgeber, die dem Verlangen der Kassen auf Auslösung der christlichen Folge leisteten. Aber auch durch solch gewaltsames Durchdringen von der gewerkschaftlichen Arbeit werden sich die Kollegen nicht abhalten lassen, ihren festeren Weg weiter zu gehen. Alle Kollegen der Zahlstelle aber müssen mehr wie bisher für ihren Verband mitwirken sein, mögen sich auch starke Gegner der christlichen Gewerkschaften hindern in den Weg stellen.

Hilf. Unsere Zahlstelle, die jetzt 1 1/2 Jahr besteht, hielt am 23. Januar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Dieselbe war von den Kollegen fast vollständig besucht. Der Vorsitzende, Kollege Jeller, gab nach Bekanntmachung der Tagesordnung einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr. Denselben war folgendes zu entnehmen: Das vergangene Jahr war für uns ein allgemein ruhiges zu nennen. Als besonders bedeutungsvoll

für unsere noch junge Zahlstelle war, daß es und zehnten ist, den Arbeitsvertrag, der von dem Arbeitgeberverband und dem freien Holzarbeiterverband abgeschlossen wurde, auch von unserer Seite mitzuunterzeichnen. Derselbe läuft bis 15. Februar 1910. Die Zahlstelle tritt auch unter dem Wechsel im Vorstand, durch die Abreise der Kollegen. Ferner ist zu bedauern, daß die Kollegen, die im Frühjahr zu uns kommen, gegen den Herbst uns wieder verlassen. Die schlechte Konjunktur, die wie überall, so auch hier ganz besonders in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres bemerkbar, hat unsere Weiterentwicklung sehr gehemmt. Der Versammlungsbesuch sowie das innere Verbandsleben und der Organisationsgeist in der Zahlstelle ist als gut zu bezeichnen. Es wurden im ganzen 28 Versammlungen abgehalten. In denselben wurden durch Vorträge und Vorlesung, und Distinktion wichtiger Artikel des Organisationslebens der Kollegen zu festigen und ihr Wissen zu erweitern gesucht. Auch die Bibliothek wurde von den Kollegen eifrig benutzt. Um ein einheitliches Zusammenarbeiten am Orte zu bewerkstelligen wurde auch festgesetzt, alle 4 Wochen mit den Metallarbeitern eine kombinierte Mitgliederversammlung abzuhalten. Am 9. Jan. d. J. fand die erste derartige Versammlung statt. In derselben hielt Kollege Trold einen Vortrag über das Thema: „Warum christliche Gewerkschaften?“ Er führte den Anwesenden in klaren Worten die Ursachen der Entstehung der christl. Gewerkschaften und die hieraus erwachsenden Aufgaben für einen jeden christlichen Arbeiter vor Augen. Reicher Beifall lohnte den Kollegen für seine Ausführungen. Nach einem kurzen Blick in die Zukunft hier am Orte schloß der Vorsitzende seinen Bericht. — Hierauf erstattete der Kassierer, Kollege Wagner, den Kassenbericht. Derselbe ergab für die Lokalkasse eine ordentliche Stärkung, was die Kollegen mit besonderer Befriedigung aufnahmen. In der nun folgenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand fast einstimmig wiedergewählt. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten wurde mit einem kräftigen Appell zu unermüdblicher Weiterarbeit die Versammlung geschlossen. — Möchten doch die Kollegen, die nach dem Norden wandern, mit dem Vorsatze hierher kommen, längere Zeit hier auszuhalten. Möchten dieselben der Allgemeinheit und der christl. Arbeiterklasse hier im Norden das kleine Opfer bringen, ihre Wanderlust ein wenig einzuschränken. Nur dann, wenn einer für alle und alle für einen tätig sind, werden wir unser Ziel erreichen. Für die Lübecker Kollegen aber möge das alte Jahr ein neuer Ansporn sein zu unermüdblicher, einiger, zielbewusster Arbeit. Wenn ein jeder Kollege auf seinem Posten ist und seine Kraft in den Dienst der Allgemeinheit stellt, wird auch das kommende Jahr für uns ein segensreiches sein.

Reinsdorf a. S. Ein eigenartliches Injunkt war vor circa 3 Monaten in einer hiesigen Zeitung zu lesen. Es sollte die Frau des Kassierers der hiesigen Ortsverwaltung des „freien“ sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes 470 Mk. verloren haben, die sie zur Post bringen wollte. Der Finder ließ aber lange auf sich warten. Endlich ereilte ihn doch das Geschick bei der letzten Kassenrevision. Da waren wieder 200 und etliche Mark verloren gegangen, sobald die Kasse ein Konto von 700 Mark aufwies. Jetzt war der Finder erlappt in der Person des Herrn Kassierers, der die beiden Posten jedesmal gefunden hatte, natürlich für seine Tatkraft. Von einer gerichtlichen Anzeige wurde vorerst abgesehen und in der „Pfälzischen Post“, der sonst die Spalten nicht breit genug sind, wenn es gegen die Christlichen geht, ist davon auch nichts zu lesen. Da Schweigen alle Fäden. — Und denselben ehelichen Kassierer hat der 1. Vorsitzende genannten Verbandes unserer Kollegen vor zwei Jahren bei einer Werkstattversammlung als Muster vorgestellt. Ein schöner Muster-Genosse!

Duisburg-Nahrt. Die hiesige Zahlstelle hielt am 16. Januar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Besuch dieser hätte ein besserer sein können. Nach der Eröffnung erstattete unser Vorsitzender Kollege Kamanns den Jahresbericht von 1908. Aus demselben ist hervorzuhellen, daß der Mitgliederstand auch unter gegenwärtiger Wirtschaftskrise zu leiden hat. — Vorträge wurden im Berichtsjahre eine ganze Anzahl gehalten, so unter anderem von Kollegen Deckers über „Englische Gewerkschaften“, Kollege Siehr referierte über das Thema „Die Arbeiter und seine Krankheiten, und wie ichst man sich vor denselben.“ Versammlungen fanden regelmäßig alle 14 Tage statt. Die Kranken- und Arbeitslosenunterstützungskasse wurde stark in Anspruch genommen. Bei der darauf getätigten Vorstandswahl wurden wiedergewählt die Kollegen Kamanns als erster Vorsitzender, Schmitz als erster Kassierer, Siehr als Schriftführer. Neu gewählt wurden Kollege Reffels als zweiter Vorsitzender und als zweiter Kassierer Kollege Ditsch. — Eine traurige Tatsache ist der noch allzu große Indifferentismus unter den hiesigen Holzarbeitern. Zum Schluß wurde von unserm Vorsitzenden betont, daß die Sektion Hamborn zu den besten Hoffnungen berechtigt von der in Zukunft das Wohl und Wehe der ganzen Zahlstelle abhängig wäre. Mit einem warmen Appell seitens unseres Vorsitzenden, wurde die Versammlung geschlossen.

Homburg v. d. S. Unsere am 24. Januar abgehaltene gut besuchte Generalversammlung ist in allen Teilen antugend verlaufen. Im Jahres- und Kassenbericht konnte ein, wenn auch kleiner Aufstieg verzeichnet werden. Bei den hiesigen Verhältnissen und den sich entgegenstellenden Schwierigkeiten immer ein Erfolg. Die Vorstandswahl ging glatt von statten und ergab keinerlei Veränderung. Zweck Ausführung der Beschlüsse des 1. Bezirkstages in Frankfurt wurde für jede Branche ein Vertrauensmann bestimmt, die zuerst die Verhältnisse in den einzelnen Werkstätten erforschen, um dann mit dem Vorstand Mittel und Wege zu einer den hiesigen Verhältnissen Rechnung tragenden Agitation zu suchen hat. Für die im laufenden Jahre abzuhaltenden Versammlungen wurden bestimmte Regeln aufgestellt. Der Beschluß ab 1. April, den Beitrag auf 60 Pfg zu erhöhen wurde einstimmig gefaßt. Die Diskussion über die einzelnen Punkte zeigte große Einnützigkeit und gab der Versammlung das Gepräge von Festigkeit und Opferwilligkeit.

Korbmacher.

Sachsenh. Am 17. Januar hielten wir im Saale des Herrn Knapp unsere Generalversammlung ab, wozu von 33 Mitgliedern 29 erschienen waren. Den Vorsitz führte Kollege Johann Kagenast und hielt uns Bezirksleiter Kollege Seeberger aus Jütch ein kurzes Referat. — Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Johann Kagenast 1. Vorstand; Georg Dickel 2. Vorstand; Johann Reth Kassierer; Josef Dickel und Andreas Panzer, Schriftführer, und Friedrich Zurbaniß, Georg Schmaus Revisoren. Nach beendeter Wahl wurden einige lokale Angelegenheiten erörtert und im Anschluß davon vom Kollegen Seeberger das Referat erstattet. Er bedauerte das Zurückgehen der Mitgliederzahl und richtete diesbezüglich einige Mahnungen an die Kollegen. Die Zustimmung der Mitglieder zeigte deutlich, daß die Lücken nach und nach schon wieder gefüllt werden. Unsere treuen Verbandsmitglieder werden schon dafür sorgen.

Schäffler. Der drohende Kampf im Brauereigewerbe wurde noch in letzter Stunde durch die Solidarität der Arbeiter abgewendet. Nachdem die Arbeiterschaft den Tarifentwurf abgelehnt hat, verfuhr die Tarifkommission nochmals, die bestehenden Differenzen mit den Unternehmern zu schlichten. Der Versuch hatte den Erfolg, daß noch weitere Zugeständnisse gemacht wurden. Daraufhin beschloß die Tarifkommission fast einstimmig den Vertrag zur Annahme zu empfehlen. Nachdem letzteres geschehen ist hat die allgemeine Brauereiarbeiter-Versammlung dem Tarifentwurf ihre Zustimmung, allerdings gegen eine Anzahl von Stimmen erteilt. Der Vertrag läuft 4 Jahre und wurde im Laufe voriger Woche bereits unterschrieben. Bei Vorlage der Frage, ob die Schäffler mit dem Resultat der langen Verhandlung zufrieden sein können, muß die Frage unter den gegebenen Umständen bejaht werden. Der größere Prozentsatz der Kollegen hat eine Lohnerhöhung von 3,50 Mk. pro Woche erzielt. Einen weiteren Teil der Kollegen treffen noch 1—3 Mk. Billeit ein Drittel der Schäffler hätte dem Tarifvertrag entsprechend überhaupt keine Lohnerhöhung erhalten, weil die Löhne derselben den Höchstfuß übersteigen. Nun haben aber die Arbeitgebervertreter protokolllarisch erklärt, daß sie durchaus nicht beabsichtigen, diesen Arbeitern nichts zu geben, sondern, daß sie da von Fall zu Fall und nach Maßgabe der Verantwortung verfahren werden. Sozial ist sicher, daß sich die betreffenden Kollegen zur rechten Zeit um ihren Lohn schon rühren werden. Im übrigen brachte zweifellos der Gesamtvertrag Vorteile für jedes Mitglied. Zunächst die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden im Tag, Regelung und höhere Bezahlung der Ueberstunden und Sonntagarbeit und vor allen eine Urlaubszeit unter Fortbezahlung des Gesamtlöhnes von 6 Tagen im Jahre. Wird nun in Betracht gezogen, daß die Arbeitgeber für die Schäffler eine Lohnerhöhung überhaupt nicht vorgesehen hatten, daß sie des ferneren hartnäckig darauf bestanden, verschiedene Verschlechterungen — z. B. Arbeit an Feiertagen — einzuführen und daß dieses alles erfolgreich abgewehrt wurde, so muß sich auch der letzte Arbeiter sagen, daß die Organisation in diesem Falle voll und ganz ihre Schuldigkeit getan hat. Was uns noch bevorsteht, läßt sich mit Sicherheit noch nicht prognostizieren, aber andeuten wollen wir, daß schwierige Punkte prinzipieller Natur bei dieser Bewegung unerledigt blieben. Es ist dies der Streit um die Vereinnahmung der Sonntagarbeit und die Sonderbezahlung derselben, soweit sie nicht zu vermeiden ist. Auch die Ertragslosigkeit bezügl. der Arbeitszeit hat nicht befriedigt. Werden die Unternehmer auf ihrem absehnenden Standpunkte verharren, so ist nicht abzusehen, welche Folgen daraus entstehen. Die Schäffler haben deshalb alle Ursache, ihre Organisation auszubauen und zu stärken, um den erzielten Einfluß hochzuhalten und für alle kommenden Fälle gewappnet da zu stehen.

Lapezierer und Sattler.

Essen (Ruhr). Wie jede Gesellschaft und jede Vereinigung am Schlusse des Jahres zurückschaut auf alles das, was sie geleistet, was durch ihre Leistung erreicht worden ist, so hielt auch unsere Sektion in der Generalversammlung einen Ueberblick über das vergangene Jahr. Der Vorsitzende gab der Versammlung einen Bericht über die Arbeiten des Vorstandes und der ganzen Sektion. Es war daraus zu ersehen, daß wir wieder ein ordentliches Stück vorwärts gekommen sind. Die vielen Vorstandssitzungen sorgten für eine planmäßige Arbeit, dergleichen waren im vergangenen Jahre auch mehrere Werkstattversammlungen notwendig wegen wichtiger Vorkommnisse, andere dienten auch der Agitation. Viele Werkstattmängel wurden gemeinsam mit dem „freien“ Verband erledigt oder gemildert. Es stellt sich hier heraus und zwar sehr deutlich, daß viele Meibereien mit den Arbeitgebern oder Werkführern durch die miserabile Unsozialität einiger Kollegen erzeugt werden. Besonders das eine Uebel, daß man sich durch unverständiges Wüteln und Schreien „lieb Kind“ beim Arbeitgeber machen will. Hier tritt so oft der nackte Egoismus zutage. Es können daher nicht oft genug in Versammlungen und bei anderen Gelegenheiten die Gewerkschaftstugenden klar gelegt werden. Ferner sorgten viele Vorträge, die in den Mitgliederversammlungen gehalten wurden, für das geistige Fortkommen der Mitglieder. Trotz des schlechten Geschäftsganges hatten wir einen Mitgliederzuwachs gegenüber der letzten Generalversammlung zu verzeichnen. So betrug der Mitgliederbestand im vorigen Sommer 50, jetzt am Schlusse des Jahres 45. Auch sorgte der gute, opferwillige Geist der Mitglieder für einen guten Kassenbestand. Der Beitrag wurde im vorigen Jahre auf 60 Pfg. erhöht. Das Verhältnis zur „freien“ Organisation schien manchmal gut zu sein. Aber manche Vorkommnisse, die einzeln sogar rüpelhaft, gemein und gewerkschaftswidrig zu nennen sind, zeigen uns, daß den „Genossen“ das Bestehen einer christlichen Gewerkschaft noch immer ein Dorn im Auge ist. Doch haben sie es schon oft erfahren müssen, das wir unsere Existenz zu behaupten wissen und ihnen gewachsen sind. — Der Vorstand, der in der Generalversammlung neu gewählt wurde, hielt in der Hauptache der alte. Es war ein Zeichen, daß er seine Pflicht getan hatte. — Vorwärts sind wir gekommen, das konnten wir am Schluß des Jahres ausrufen, doch ein Ausruhen gibt es hier nicht, sondern ein kräftiges Weiterarbeiten. Für die christliche Lapezierer- und Sattler-Bewegung ist noch Arbeit genug vorhanden.

Gewerkschaftliches.

Der Brief einer Arbeiterfrau.

An die verehrliche Redaktion des „Holzarbeiter“! Mit großer Freude und vielem Interesse habe ich die in Nr. 4 des Holzarbeiters gebrachte „Geschichte für Arbeiterfrauen“ gelesen, und möchte ich mit Vorliegendem die Bitte an Sie richten, dergleichen noch öfter zu bringen. Die Gewerkschaftsidee in Form einer Erzählung oder einer kleinen Blauberei dargestellt, hat viele Vorzüge gegenüber einem manchmal recht trockenen Artikel, besonders bei Frauen und Arbeiterinnen. Ein Artikel wird meistens von den Frauen, wenn er überhaupt gelesen wird, gar nicht richtig erfaßt und verstanden, und warum? Weil die meisten Frauen einen Artikel ohne genügendes Interesse und ohne darüber nachzudenken lesen und deshalb bald wieder vergessen. Dagegen eine Erzählung wird auch in einem Gewerkschaftsblatt gerne gelesen, besonders, wenn sie noch die vielerprechende Aufschrift: „Für Arbeiterfrauen“ hat, da läßt Ihnen schon die Neugierde und der Gedanke: „Si, was kommt doch da wieder,“ — keine Ruhe, und dann kommt das Interesse für die Sache und das Verständnis während dem Lesen von selbst. Und ist das Interesse erst geweckt, dann lesen sie auch das übrige,

denken darüber nach und lernen es verstehen. Und es ist doch von größter Wichtigkeit für die Frauen und Arbeiterinnen, daß sie das Verbandsorgan lesen, sei es nun ihr eigenes oder das des Mannes. Denn nur wenn sie die Verbandszeitung regelmäßig lesen, erhalten sie die genügende Aufklärung über den Gewerkschaftsgedanken. Sind sie aber erst genügend aufgeklärt, dann kommt die Opferwilligkeit von selbst, dann werden auch diejenigen, die bis jetzt jedesmal mit dem Vertrauensmann, wenn er den wöchentlichen Beitrag zu holen kam, haderten und über unnötige Geldausgaben usw. schimpften, gerne die Kleinigkeit, welche der Verband fordert, bezahlen. Ich selbst als Vertrauensmann eines christlichen Verbandes habe es schon oft gesehen, wie die Kolleginnen die Zeitung, wenn ich sie brachte, achlos bei Seite schoben, um sie nachher den Kindern zu überlassen, und auf eine diesbezügliche Bemerkung meinerseits erhielt ich dann zur Antwort: „O ich lese dieses Zeug nicht so gerne,“ oder: „Ich habe keine Zeit zum Lesen.“ Es ist ja nur zu wahr, daß eine Frau, wenn sie ein Hauswesen mit drei und noch mehr Kindern zu versehen hat und nebenher noch so viel als möglich verdienen soll, jede Minute ausnützen muß, aber so viel Zeit soll sich jede Frau nehmen, daß sie das Verbandsorgan lesen kann, das ist ja keine unnütz vergeudete Zeit, sondern es bringt mitunter viel Nutzen, wenn man in allem, was den Verband betrifft, gut orientiert ist. Und dann muß man ja nicht die ganze Zeitung auf einmal lesen, sondern nur immer einen Teil und dann über das Gelesene gut nachdenken, was man ja neben der Arbeit her tun kann, es ist im Gegenteil besser, als wenn man alles auf einmal liest und dann wenn man fertig ist, die Hälfte schon wieder vergessen hat. Und um nun wieder auf meinen Hauptgegenstand zurückzukommen, möchte ich alle diejenigen Kolleginnen und Kolleginnen, welche Talent und Erfahrung hätten, eine solche leicht verständliche, die Gewerkschaftsidee behandelnde Geschichte oder Plauderei zu verfassen, bitten, solches ja recht oft zu tun zum Nutzen und Wohle der Arbeiterinnen und Frauen und auch nicht zum wenigsten der Vertrauensleute, welche an den treffenden Antworten, die darin enthalten sind, lernen können, was sie ebenfalls auf etwaige Fragen und Zweifel seitens der Kolleginnen und Kolleginnen, wie „der Verband hat ja keinen Wert usw.“ antworten sollen.

Eine Arbeiterfrau, die auch Gewerkschaftlerin ist.

Streitbreche vermittlung. Das Streitbrechervermittlungsbureau der Frau A. M. Müller in Wandsbeck bringt sich allen Schlichtmachern in empfehlende Erinnerung. In einem Reskript-Journal wird hervorgehoben: „Das Institut steht vollständig auf nationalem Boden, und werden keine Leute vermittelt, welche einem sozialdemokratischen Verbande angehören. Im Jahre 1907 ist ca. 6000 Nichtverhandlern Arbeit vermittelt worden. In den Kreislagen beschäftigt die Arbeiter-Dampfschiffahrtsgesellschaft in Hamburg, daß der Internationale Arbeitsnachweis ihr „während der Streikzeit“ Majahmitteln und Decken vermittelt habe. Die Gewerkschaft des Vereins Hamburger Rieder bezeugt die Lieferung von ca. 1000 Decken „während des Seemannsstreikes“. Auch der Wandsbeker Lederfabrik A.-G. sind gelegentlich eines Streikes“ seine vermittelt worden, desgleichen der Firma Koch und Raschke G. m. b. H., Gießerei und Maschinenfabrik in Hannover-L., und der Firma Harzer Pflastersteinbrüche G. m. b. H. in Sangelshelm. Letztere Firma schreibt wörtlich: „Wir ließen sie (die Streitbrecher) sich von den Streitenden weder durch Drohungen noch durch List abspießen, was andere vorher von uns bezogene Leute taten. Jedenfalls sind die Leute als Streitbrecher gut zu verwenden.“ Es muß eine ganz besondere Klasse sein, die die Wandsbeker internationale Schlichtung vermittelt. Die Arbeiter wissen also, was ihnen bevorsteht, wenn sie sich unter die Botmäßigkeit dieser Geschäftsfrau A. M. Müller begeben. Gleichheit ist es auch, wenn das Wort national hier als Ausdrucksweise für ein Tun benutzt wird, in dessen Her- und Vermitlung sich die Arbeiter aller Richtungen einig sind.

Spuren für die Großstadt. Ein Verbandsmitglied in einer Kleinstadt schreibt uns folgendes: „Wohin in kleineren Orten und auf dem Lande die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes ihren Beitrag bezahlen, darüber gibt uns Aufschluß der Vorsitzende einer Zahlstelle des roten Holzarbeiterverbandes. Als nach Weihnachten in diesem Orte die Arbeit 3 Wochen in einigen Betrieben ruhte, bezogen die Mitglieder unseres Verbandes, die ihnen zustehende Arbeitslosenunterstützung. Dieses ging jenen Übergeordneten über die Schürme und er sagte zu unserer Zeitung: „Das häßlich ist auch ja zu kommen für die Großstädte.“ Also für die Großstädte zahlen nach Aussage jenes „Übergeordneten“ die Mitglieder des „roten“ Verbandes auf dem Lande ihre Beiträge. Wir können jenen versichern, daß unsere Kollegen in der Stadt auch ihr Recht erhalten und auch die ihnen zustehende Unterstützung im Bedarfsfalle. Wir brauchen keine Majahmittel zu unternehmen und keine Beschlagnahme zu machen. Nach unserer Ansicht hat Stadt und Land in diesem Falle gleiches Recht, aber ist darüber etwa eine Ette im roten Verband? Gleichviel, wir wissen jetzt wenigstens die „roten Gewerkschaften“ die Mitglieder auf dem Lande haben. Unseres soll dieses nicht in Vergessenheit geraten. Wir werden nach Möglichkeit den Nachkommen der „Gewerkschaften“ die Augen öffnen und ihnen zeigen, daß man dort, wo man keine Pflicht erfüllt, auch Rechte hat.“

Soziale Rundschau.

Petition des Verbandes christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands. Der genannte Verband hat eine eingehend begründete Petition an den Reichstag geschickt, mit dem dringenden Ersuchen, das vorliegende Tabakverbrauchssteuergesetz, sowie jede andere fernwirkende Maßnahme des Tabaks abzulehnen.

Die Begründung ist im wesentlichen die heute schon völlig ungenügende Lage der Tabakarbeiter in S. F. und folgt:

„Nach den Feststellungen sämtlicher gewerblicher Berufsvereinigungen betrug der Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters im Jahre 1906 1027,59 Mk. Dagegen erreichte in demselben Jahre der Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters in der Tabak- und Zigarrenindustrie nur die Höhe von 574,75 Mk., d. h. die Tabakarbeiter sind um 44% ungünstiger gestellt als die übrigen Arbeiter in Deutschland.“ Ausführlich wird dann der allgemeine Verbrauchrückgang nach der letzten Zoll- und Steuererhöhung und die Einzelwirkungen derselben besprochen. In einem weiteren Abschnitte bekommt man ein Bild von der einschneidenden Wirkung der letzten großen Zoll- und Steuererhöhung vom Jahre 1879 auf die Lage der Tabakarbeiter. Es sind ergreifende Bilder, die sich hier vor unseren Augen entrollen über die traurigen Verhältnisse, in die so viele Tabakarbeiter hineingekommen sind. Gestützt auf die Erfahrungen, die auf diese Weise früher gemacht worden sind, werden dann die drohenden neuen Gefahren für die Tabakarbeiter dargelegt. Es heißt da u. a.:

„Bei dem vorliegenden Entwurf eines Tabakverbrauchssteuergesetzes rechnet selbst die Regierung mit einem Konsumrückgang von 10%. Das kommt, in direkter Uebersetzung, einer Entlassung von rund 20000 Arbeitern gleich. Eine solche Berechnung darf wohl als zulässig bezeichnet werden, da bei der Herstellung der Zigarren bekanntlich fast ausschließlich Handarbeit verwendet wird. Wenn man sich weiter vergegenwärtigt, daß seit dem Jahre 1879, in einer Zeit des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieges, der seinesgleichen in der Geschichte sucht, jährlich eine ungefähr nur 2% betragende Verbrauchszunahme stattgefunden hat, dann muß man doch ernsthaft an die Folgen denken, die eine plötzliche 25%ige Verteuerung des Konsums zeitigen müßten.“

Fernerhin sind dann die Gefahren einer zu erwartenden Konzentration der Betriebe und einer damit verbundenen Verminderung der Arbeiterzahlen geschildert. Dem landläufigen Hinweise, daß andere Länder ja den Tabak noch in stärkerem Maße zur Steuer heranziehen, wird mit der beweiskräftigen Widerlegung entgegengesetzt, daß in Deutschland weit über 200000 Arbeiter in der Tabakindustrie beschäftigt sind, in Oesterreich-Ungarn z. B. aber nur ca. 40 000, in Frankreich 15 500, in den Ver. Staaten 163 000, so daß auf 100 000 Einwohner entfallen in Oesterreich-Ungarn 145, in Frankreich 39, in den Ver. Staaten 200, in Deutschland aber 322 Tabakarbeiter. Ist diese große Zahl schon von ausschlaggebender Bedeutung, so zeigen die zwei folgende Abschnitte der Petition, die von der Ergreifung eines anderen Berufes und von der Selbsttätigkeit der Arbeiter und der Gebundenheit an die Scholle handeln, daß ein sehr großer Teil der Tabakarbeiter in einer anderen Industrie keine Unterkunft finden könnte, weil sich die Tabakindustrie meistens in Gebieten befindet, wo sich sonst keine nennenswerte Erwerbsmöglichkeit bietet.

Besonders betont wird die Gefahr einer notwendig werdenden Verschleuderung vieler kleiner Heimstätten, die oft durch Sparfüßlinge erworben worden sind, die unter mannigfachen Entbehrungen und durch saure, jahrelange Arbeit erübrigt wurden. (In Westfalen z. B. sind allein 5000 Tabakarbeiter im Besitze eines solchen kleinen Eigentums.) Nachdem dann in weiteren Abschnitten die gesundheitlichen Verhältnisse der Tabakarbeiter, Lohndruck und Tarifverträge, Heimarbeit und Steuererhöhung behandelt sind, wird noch die allgemeine Arbeitslosigkeit und die Tabaksteuer zusammenhängend erwähnt, mit dem Bemerkten, daß eine, durch die Wirkungen einer erhöhten Tabaksteuer hervorgerufene Arbeitslosigkeit, auch auf die Lage und den Arbeitsmarkt der übrigen Arbeiter ungünstig einwirken würde.

Die Petition schließt dann mit der Erwartung, daß der Reichstag die Stimme der vielen Tausenden von christlich-nationalen Tabakarbeitern und Arbeiterinnen nicht unbeachtet lassen wird und mit dem Hinweise, daß mehrere hundert von diesen abgehaltenen und besuchte Protestversammlungen, sowie eine mit 3300 Unterschriften bedeckte Petition beweise, mit welcher Sorge die Augen dieser vielen Arbeiter auf den hohen Reichstag gerichtet seien.

Ein Reichstagsamt? Der Hauptvorstand deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der um Errichtung eines Reichstagsamtes mit dem Sitz in Berlin petitioniert wird. Während die Tarifverträge noch immer von einem großen Teil der Arbeitgeber mit Mißtrauen betrachtet oder abgelehnt werden, sind andere Arbeitgeber, so z. B. im Baugewerbe, im Buchbinder-, Steinmetz-, Malergewerbe usw. zu der Ansicht gekommen, daß die Schaffung von Tarifverträgen auch für die Arbeitgeber Vorteile bringt. Besonders ist beobachtet worden, daß bei Besetzen von Tarifverträgen mit bestimmten festen Gehältern die Schmutzkonturrenz geringer wird. Dem Reichstagsamt, so wie es von den Arbeitgeberverbänden im Malergewerbe vorgeschlagen wird, soll die Aufgabe obliegen, bei Tarifverträgen in letzter Instanz vermittelnd einzugreifen und zwar besonders bei solchen Tarifverträgen, deren Normalbestimmungen für das ganze Reich einheitlich sind, da im Reichstagen Statistisches Amt bereits ein Tarifvertragsamt besteht, so ließe sich vielleicht dieses Institut ohne große Kosten zu einem Reichstagsamt ausbauen.

Bejeitigung der Heimarbeit in Frankreich? Auf nichts weniger als auf die gänzliche Bejeitigung der Heimarbeit geht ein Gesetzesentwurf ab, der vom Arbeitsminister in Frankreich eingebracht ist. Dieser Gesetzesentwurf bestimmt, daß ein Unternehmer (Hausgewerbetreibender), der von einem anderen Unternehmer gewerbliche Arbeit überträgt, nur um sie an Arbeiter oder Arbeiterinnen zur Fertigung weiter zu geben, bestraft wird. Die niedrigste Strafe für den einzelnen Fall soll 10) Francs sein, die Strafe kann aber bis auf 500 Francs erhöht werden. Da gerade in Frankreich sozialpolitische Fortschritte sehr langsam vor sich gehen, so wird dieser Ent-

wurf auch sicher in der Kommission, in der er jetzt ruht, einen langsamten Tod finden.

Aus dem gewerblichen Leben.

Tischlerfachschule Detmold. Im Jahre 1908 haben 155 Schüler die Anstalt besucht, davon haben 4 Schüler die von der Stadt Detmold zur Verfügung gestellten Freistellen in Anspruch genommen. Drei Schüler mußten wegen ungenügenden Fleiß und wiederholten Ausbleibens von weiteren Besuch der Schule ausgeschlossen werden. Hauptsächlich wird die Anstalt von gelernten Tischlern besucht, waren aber auch Bildhauer, Dekorateurs und gelernte Kaufleute zur theoretischen Ausbildung eingetroffen. Zur praktischen Ausbildung werden nur wenig Schüler zugelassen. Die Schulleitung ist der Ansicht, daß eine Lehrzeit in der Werkstatt eines Meisters einer praktischen Schullehrzeit unbedingt vorzuziehen ist. Das Alter der Schüler schwankt zwischen 16 und 40 Jahren, davon waren 10 Herren verheiratet. Die praktischen Arbeiten beschränken sich auf die Anfertigung aller Arten Modelle (Treppenmodelle usw.), auch auf die Anfertigung von Zintarsien wird Wert gelegt. Ferner werden die Schüler, welche vorher keine praktischen Vorkenntnisse haben, in den Anfangsarbeiten der Tischlerei unterrichtet, um die verschiedenen Holzverbindungen kennen zu lernen. Die praktischen Arbeiten der Dekorateurs bestehen in der Anfertigung von Schnittmustern. Beide Gewerbe können auch im direkten Anschluß an die Absoolvierung der Schule die Meisterprüfung für ihr Gewerbe ablegen, wovon im letzten Schuljahr auch Gebrauch gemacht worden ist. Fünfmal haben Werkmeister und Technikerprüfungen stattgefunden und zusammen 54 Kandidaten, davon hat einer die Prüfung nicht bestanden. Die Prüfungen selbst dauern jedesmal 3-4 Tage und erstrecken sich auf Anfertigung einer Werkstattzeichnung nach gegebener Skizze, ferner wird der Entwurf einer Skizze ohne Vorlage verlangt, dann die schriftlichen Arbeiten in Buchführung, Buchfellehre, Kalkulation und gewerblichen Rechnen. Die Arbeiten müssen unter Aufsicht der Prüfungskommission angefertigt werden. Vier Prüfungen fanden unter Vorsitz des Herrn Fürstlichen Baurat Petri und eine unter Herrn Stadtbaurmeister Schuster statt. Als Vorsitzender war der Vorstand der Innung geladen. Um die Schüler zu selbständigen Hausarbeiten anzuspornen, sind auch im letzten Schuljahr Wettbewerbe von der Schulleitung veranstaltet und die besten Arbeiten mit Preisen bedacht. Trotz der ungünstigen Geschäftskonjunktur haben die meisten der abgehenden Schüler Stellungen als Zeichner, Werkführer, Techniker und für Bureauarbeiten oder als Stütze des Meisters erhalten, einige wurden selbständig oder traten in das Geschäft des Vaters. Die Stellenvermittlung geschieht für Prinzipale und stellen suchende Schüler kostenfrei. Weitere Aufschlüsse sind aus dem Programm der Fachschule zu ersehen, welches kostenlos versandt wird.

Fachtechnischer und sozialer Fragekasten.

In diese Rubrik werden Anfragen und Antworten fachtechnischer und sozialer Art der Verbandsmitglieder aufgenommen. Wenn von den Kollegen Auskunft der genannten Art wünscht oder diesbezügliche Antworten zu geben in der Lage ist, benutze die Fragekasten.

Antwort 3.: Habe das Möbelwerk bezogen und dieses eigentlich nur ein Katalog von Werkzeugen. Nach dem Möbelwerk zu arbeiten ist schon ziemlich schwierig, man muß sich dazu die Werkzeugen nachbestellen. Die Kosten aber 20-30 Mk. für ein Zimmer. — Ich könnte den Kollegen das Werk nicht empfehlen.

Anmerkung der Redaktion. In der Regel werden die gestellten Fragen 8 oder 14 Tage nach Bekanntgabe beantwortet und bitten wir die fragenden wie antwortenden Kollegen, sich bei möglichsten Kürze in der Fassung zu befeizigen.

Briefkasten.

Nach S. „Ein Kollege“. Anonyme Sendungen können billigerweise nur für den Papiertorb berücksichtigt werden.

Für Hornmacher, Hornbrecher, Hornpresser zc. **Denkerst günstige Gelegenheit** zur Existenz-Gründung.

Hornpresserei u. Hornhandlung

mit guter Kundschafft, bedeut. erweiterungsfähig, incl. massiven, neuen Grundst., Maschinen, Werkz., Invent. zc. 1/2 Morgen Garten für nur Mk. 6500 — bei Mk. 2 500 Anz. — anderer Unternehm. halber sofort zu verkaufen.

Offerten unter A. F. 700 Exp. d. Bl.

Hoher Verdienst

auch Nebenberdienst durchs ganze Jahr.

Ein größeres Verbandshaus sucht an allen Orten Deutschlands solche Leute für den Verkauf feinerer Stahlwaren, Haushaltungsgegenständen, Werkzeuge aller Branchen, Aluminiumsachen, Uhren, Schmuckachen, Waffen, Musikwerken usw. — Direkt an Privatkapital, Kapital nicht nötig. Zur Uebernahme der Vertretung für 20 Mk. erforderlich. Seltene günstiges Angebot. Nur zuverlässige Leute wollen ihre Offerte senden an die General-Agentur.

H. Jöhlenbof, Köhlinghausen i. Westf., Bismarckstr. 261 (Verbandsmitglied) — Rückporto erbeten.